

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
— Drucksachen 12/4451, 12/5008 —

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Leistung an Asylbewerber

Bericht der Abgeordneten Dr. Konstanze Wegner, Irmgard Karwatzki und
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Sicherstellung des Lebensunterhalts für Asylbewerber den speziellen Bedürfnissen dieser Personengruppe anzupassen. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Leistungen grundsätzlich als Sachleistung erfolgen. Die Beträge sollen gegenüber den derzeit geltenden Sätzen gekürzt werden. Ferner regelt der Gesetzentwurf Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber.

Der Gesetzentwurf führt unter Berücksichtigung der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses für Familie und Senioren durch die Neugestaltung zu einem Gesamtaufwand von ca. 5,7 Mrd. DM jährlich. Diesen Kosten des Gesetzes sind die Kosten gegenüberzustellen, die der Sozialhilfe gegenwärtig für diesen Personenkreis entstehen. Bei der Annahme durchschnittlicher Leistungen in Höhe von 1 000 DM monatlich je Hilfeempfänger einschließlich der zum Teil recht teuren Unterbringung und der Einzelfallei-

stungen im Bundessozialhilfegesetz sind dies 7,2 Mrd. DM jährlich. Hinzuzurechnen sind ca. 1 Mrd. DM jährlich für Ausgaben der Krankenhilfe und für werdende Mütter und Wöchnerinnen. Da es sich bei den vorgenannten Zahlen um Schätzwerte handelt, wird vorsorglich ein Einsparungsbetrag von rund 1,4 Mrd. DM jährlich bei Ländern und Kommunen erwartet.

Nach den Ergebnissen der Sitzungen des Bundesministeriums der Finanzen und der vier Länderfinanzministerien unter Beteiligung von Vertretern der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. am 24. und 30. März 1993 gehen allerdings die Länder lediglich von einem Einsparungsbetrag in Höhe von 400 Mio. DM jährlich aus.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Bonn, den 12. Mai 1993

Der Haushaltsausschuß

Rudi Walther (Zierenberg)
Vorsitzender

Dr. Konstanze Wegner
Berichterstatte(r)innen

Irmgard Karwatzki

Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Berichterstatte(r)

